

Almosen wirft nur Sinnfrage ab

Scheibe-Alsbach am Ende der Fahnenstange: Obwohl die Pleite-Kommune dringend Geld bräuchte, weigert sich der Rat die Vorbedingung aus dem Finanzministerium zu erfüllen und nochmalig die Sätze zur Grund- und Gewerbesteuer anzuheben.

Von Andreas Beer

Scheibe-Alsbach – Kann es überhaupt noch weiter runtergehen? Für Scheibe-Alsbach zeichnet sich ab, dass sich das Debakel bei den Kommunal финанzen noch einmal dramatisch verschärft. Zur vergangenen Ratsitzung sprach Bürgermeister John Zitzmann (FW/BI) davon, wozu man zur Jahresmitte kein Gehalt mehr an den einzig verbliebenen Gemeindegeldbesitzern auszahlen. Allerletztes Sparpotenzial beruhe vielleicht noch auf der Straßenbeleuchtung.

Wie mehrfach berichtet, leidet der Schwarzatal-Ort unter dem massiven Einbruch an Gewerbesteuerlösen. Konnten 2009 noch 576 000 Euro vom Pumpspeicherwerk-Betreiber Vattenfall vereinnahmt werden, so strukturierte der Konzern kurze Zeit später seine Rechtsform um. Der Effekt im Jahr 2010 lässt sich anhand dreier Zahlen nachzeichnen: Plante man in der Kommune noch zu nächst mit 280 000 Euro, so musste der Ansatz wenig später auf 55 000 Euro gemindert werden. Das Rechnungsergebnis für 2010 unterbot diese Zahl noch einmal nach unten, tatsächlich eingespielt wurden knapp 40 000 Euro. Gleichzeitig wird die Kommune, infolge der drei Jahre rückschauend berechneten Ergebnisse, weiterhin zu einer hohen Kreisumlage veranlagt. Schlüsselzuweisungen



John Zitzmann.

vom Land gibt es ebenfalls nicht, im Gegenteil soll die Kommune – infolge der guten Ergebnisse von vor drei Jahren – 2013 erstmalig zur neuen „Reichensteuer“ des Finanzministeriums veranlagt werden – was knapp 50 000 Euro ausmachen wird. Seit zwei Jahren plagt sich Scheibe-Alsbach mit einem Haushaltskonsolidierungskonzept, die Rücklage in Höhe von 161 000 Euro wurde komplett geleert. Für Eigenmittel, um etwaige Maßnahmen zur Dorferneuerung anschließen zu können, fehlen die Euros. „Wir lassen die Fördermittel verstreichen, weil kein Cent an freien Mitteln da ist.“

Der Fehlbetrag im Haushalt für 2011 läpperte sich auf 196 000 Euro,



Die Abgabenlast für Hausbesitzer und Unternehmer in Scheibe-Alsbach noch einmal zu steigern, dem verweigert sich der Gemeinderat.

Fotos: camera900.de

so Zitzmann. Über das Spardiktat in der Folge, berichtete *Freies Wort* zur vergangenen Ratsitzung: Bei einer Vielzahl an kleinen und großen Stellschrauben wurde gedreht. Das Salär für den ehrenamtlichen Bürgermeister um 3500 Euro gekürzt, der Betrieb des Pistenbullys an Ehrenamtliche vergeben, was 9100 Euro spart, die Straßenlaternen zeitweise abgeklopft. Auch die Aktien an der Kommunalen Energiebeteiligung (KEBT) sollen notverkauft werden.

Doch aus den Miesen kommt man so nicht heraus, weswegen Bürgermeister Zitzmann Bittbriefe ans Finanzministerium schrieb, dieses möge Mittel aus dem Landesausgleichsstock für notleidende Kommunen lockern machen.



Heiko Walther.

Die Antwort aus Erfurt bekam der Bürgermeister am 2. März übermittelt. Tatsächlich, so gab er bekannt, sei das Finanzressort bereit 84 000 Euro an Überbrückungshilfe zu gewähren. Rückzahlbar ist das geborgte Geld in Tranchen zu je 42 000 Euro in den Jahren 2014 und 2015.

Doch Zitzmann machte im Rat auch klar, dass es Wohlfahrt nur für Wohlverhalten gibt. Zwei Bedingungen seien zu erfüllen, so fordert es das Ministerium. Die Hebesätze zur Grund- und Gewerbesteuer sollen nochmalig steigen. Zweites Muss

sind kostendeckende Gebühren – egal ob Straßenausbaubeiträge oder für den Friedhof. „Ohne Hausbesitzer und Unternehmer zu gängeln und zu drücken“, werde man an zusätzliches Geld nicht gelangen, schlussfolgerte der Gemeindechef.

„Am Besten man zieht fort“, kommentierte ein Bürger diese Ausgangslage. „Das sind dann die Auswirkungen der Förderung des ländlichen Raumes“, erbitterte sich der Bürgermeister in seiner Antwort.

In der Aussprache äußerte Henry Worm für die CDU, seine Fraktion wende sich gegen jede Erhöhung der Abgabenlast zur Sanierung des Haushalts der Gemeinde.

„Scheibe-Alsbach hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht so attraktiv entwickelt, dass die Wohn- und Lebensqualität das rechtfertigen würde.“ Zudem seien die Forderungen durch keinerlei Verwaltungsvorschrift, beschlossen vom Kabinett, legitimiert. „Es gibt keine Begründung, uns abkassieren zu können in dieser Form“, so der Landtagsabgeordnete. Dritter Punkt sei schließlich die bevorstehende Eingemeindung nach Neuhaus am Rennweg, wozu man zum Jahreswechsel. Hier gelte es nicht im Vorfeld Fakten zu schaffen: „Erhöht ist schnell, zurück-



Henry Worm.

genommen nicht.“ Heiko Walther (FW/BI) pflichtete bei: „Wir sind irgendwann einmal angetreten gegen überzogene Kommunalabgaben.“ Derlei sei schlecht vereinbar, wenn man nun binnen anderthalb Jahren dreimal die Sätze anhebt. Die Grundsteuer B von aktuell 389 auf neu 402 Punkte bzw. die Gewerbesteuer von 357 auf geforderte 383 Punkte zu setzen? „Das ist nur noch Erpressung, was die mit uns machen.“ Irgendwann ist Schluss. „Macht es überhaupt noch Sinn, hier zu sitzen?“, fragte Walter in die Runde. Der Frust sitzt tief. Und im Moment des Schweigens schien der geschlossene Rücktritt des Rats greifbar im Raum zu stehen.

Jenseits der Schmerzgrenze

„Die wissen in Erfurt nicht, wie spät es ist! Die haben das nicht geschmeckt!“, erboste sich ein Bürger. Antje Duckwitz (pl.) zeigte sich betroffen, weil niemand anerkenne, dass Scheibe-Alsbach ja komplett unverschuldet in diese Situation geraten sei. Wie könne es der Gesetzgeber zulassen, dass Vattenfall ohne Ende Geld mit dem Pumpspeicherwerk verdient, aber nichts davon in der Region hängen bleibt, rüffelste ein weiterer Zuhörer. Masserberg sei schon mehrfach geholfen worden, merkte Nicola Höhn (FW/BI) an.

„Mir ist auch nicht nachvollziehbar, mit welchem Maß da gemessen wird“, so John Zitzmann. Angesichts der Millionen, die das Land für Masserberg ausbebe, sei kaum mehr als ein Almosen für Scheibe-Alsbach an-

gefragt. Und das sei nur zu erhalten, wenn die Daumenschrauben bis weit jenseits der Schmerzgrenze angezogen werden.

Die Abstimmung geriet entsprechend eindeutig. Die Beschlussvorlage zur Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer rasselte durch – ohne Gegenstimme. Gleiches vollzog sich bei den Straßenausbaubeiträgen. Wieder formulierte Worm, derlei sei nicht geeignet, die finanzielle Ausstattung des Ortes zu verbessern. „Also macht es keinen Sinn.“ Walther ergänzte, mangels Möglichkeit sei man als Kommune ja ohnehin seit 2010 nicht in der Lage irgendwelche Straßenausbaumaßnahmen gegenzuführen, die man hintennach via höherer Gebühren auf die Anwohner umlegen könne. „Ich sage ja, das ist alles realitätsfremd“, so John Zitzmann.

Ob das in Erfurt genauso gesehen wird? Worm äußerte, er habe in Hintergrundgesprächen seinem Parteifreund, Finanzminister Wolfgang Voß, die prekäre Situation geschildert. Der habe auch ein Einlenken signalisiert. Für die sogenannte Reichensteuer zeichne sich demnach eine für Scheibe-Alsbach tragfähige Lösung ab, über die er allerdings vorab öffentlich nichts verlautbaren lassen könne. Und was das bisherige System der um drei Jahre zurück berechneten Einnahmen betrifft, auf deren Grundlage dann die Schlüsselzuweisungen verteilt werden, sagte Worm, hier werde es Änderungen geben. „Aber das braucht eben seine Zeit.“